

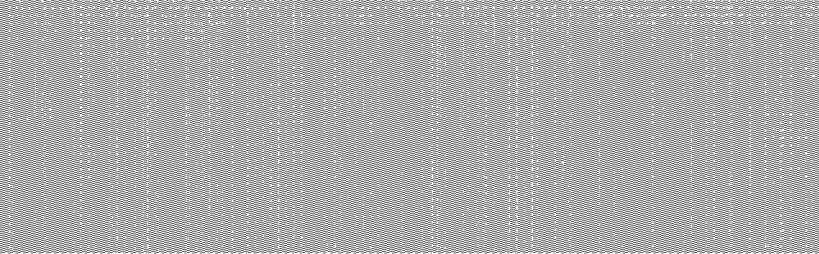
zu Washington zu sagen habe, dann werde man in der Sowjetunion darüber nachdenken, Kohl einzuladen und mit ihm über aktuelle Fragen zu sprechen, die die Europäer und die ganze Welt bewegen.

Kohl habe in diesem Zusammenhang sehr geschimpft. Gorbatschow treffe sich mit dem Demagogen Mitterrand und mit Craxi, jedoch nicht mit Kohl. Die BRD sei für die Fortführung der Ostpolitik und für dynamische Beziehungen mit der Sowjetunion. Ihm sei geantwortet worden, daß man mit ihm sprechen werde, wenn er als Kanzler ein eigenes politisches Gesicht zeige. Er habe darauf erwidert, daß er diese Haltung zur Kenntnis nehme.

Genosse Gorbatschow brachte die Meinung zum Ausdruck, daß man damit der BRD-Regierung eine Lehre erteilt habe. Diese wirke auch unter dem Aspekt der Wahlen und der öffentlichen Meinung. Die ganze Sache sei nicht einfach. Er habe mit Genossen Erich Honecker darüber ausführlich gesprochen.

Natürlich wäre es falsch, einen Staat wie die BRD zu ignorieren. Man müsse eine solche Linie finden, wie man die BRD konkret und in konstruktiver Form in die Lösung wichtiger politischer Fragen einbeziehen könne. Offensichtlich beginne man das seitens der BRD zu erkennen, und der auf sie ausgeübte Druck beginne zu wirken. Man müsse in dieser Frage die Entwicklung weiter verfolgen.

Abschließend brachte Genosse Gorbatschow seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die Genossen die Möglichkeit gefunden hätten, in diesem Kreis zusammenzutreffen. Es sei nicht weniger wichtig, als die Tagung des PBA selbst, daß man einen solchen Stil gefunden habe. Solche Treffen bedeuteten mehr gegenseitige Aufmerksamkeit, mehr Offenheit. Er selbst sei sehr für ein solches Herangehen. Er werde die Ergebnisse und Schlußfolgerungen des Treffens dem Politbüro des ZK der KPdSU vorlegen. Auf der Grundlage



mit allem Ernst beraten werden. Natürlich könne niemand eine Garantie geben, daß solche Havarien nicht mehr vorkommen. In der Technik gebe es keine 100%ige Garantie. In den USA habe es nach dem Challengerunglück noch drei größere Unfälle gegeben. Je weiter die Elektronisierung und Automatisierung voranschreite, desto mehr werde auch der Weg geöffnet für ernste Havarien. Diese Schlußfolgerung werde in der ganzen Welt gezogen. Auch kleine Ausfälle der Technik könnten beim heutigen Stand zu ernststen Folgen führen.

Gegenwärtig seien in allen Ländern viele Kernkraftwerke in Betrieb. Sie verfügten oft nur über einfache Schutzvorrichtungen. Hinsichtlich des Umweltschutzes müsse man Maßnahmen beraten, um die Sicherheit des Betriebes der Kernkraftwerke zu erhöhen. Dies müsse bald geschehen, um die Notwendigkeit einer Konservierung von Kernkraftwerken, wie jetzt in der Sowjetunion, zu verhüten. Es sei bekannt, daß die Sowjetunion bereits bessere Sicherheitsmaßnahmen einführe. Auch diese bieten keine absolute Sicherheit, aber sie gäben größere Garantien. Sie müßten rasch in allen bestehenden Kernkraftwerken eingeführt werden.

Wenn aus Kernkraftwerken Radioaktivität entweiche, dann sei das überall zu spüren. Kernkraftwerke gäbe es in Bulgarien, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und Polen, um nur von den näheren Nachbarn Rumäniens zu sprechen.

Genosse Ceausescu regte an, in dieser Frage die Regierungen und Spezialisten der Bruderländer zu beauftragen, den Generalsekretären Vorschläge für Entscheidungen vorzulegen. Natürlich werde das zusätzliche Aufwendungen erfordern. Aber es sei besser, dies rechtzeitig zu tun, als im Nachhinein. Wenn die sowjetischen Genossen ihre Schlußfolgerungen auch zu den technischen Fragen abgeschlossen hätten, werde es klarer werden, in welcher Richtung weiter gearbeitet werden müsse.

(Genosse Gorbatschow bemerkte dazu, daß man nach Abschluß dieser Arbeiten in der Sowjetunion im Rahmen der Gemeinschaft diese Fragen diskutieren müsse.

Genosse Husak wandte ein, daß man technische Fragen des Betriebs von Kernkraftwerken sofort klären und die notwendigen Schlußfolgerungen einleiten könne.)

Was die Zusammenarbeit insgesamt betreffe, so fuhr Genosse Ceausescu fort, sei auf diesem Treffen nicht genügend Zeit, um darüber ausführlich zu sprechen. Rumänien mache sich Sorgen und wisse, daß jedes Land viele Sorgen habe. Diese beträfen z.B. die Vervollkommnung der Systeme der Leitung der Volkswirtschaft. Man sollte das Thema für das nächste Treffen konkretisieren. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß allgemeine Probleme aus diesem Fragenkreis auch früher diskutiert wurden. Für den Herbst sei eine Tagung des RGW auf der Ebene der Ministerpräsidenten vorgesehen.

Nach seiner Meinung wäre es günstig, das Treffen der Generalsekretäre als einen Meinungs austausch über Fragen der Vervollkommnung der Formen der Wirtschaftsführung und der Rolle der Parteien bei der Leitung der Wirtschaft durchzuführen. Vor diesem Hintergrund könne man in einem zweiten Teil Fragen der weiteren Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit beraten. Das heißt, jeder Teilnehmer könne informieren, welche Methoden er bei sich anwende und welche konkreten Probleme sich daraus ergeben.

(Genosse Michail Gorbatschow bemerkte dazu, daß er über diesen Fragenkomplex mit Genossen Kádár gesprochen habe. Es sei zum Beispiel so, daß Ungarn mit kapitalistischen Ländern gemischte Betriebe bilde, mit der Sowjetunion aber nicht. Die neue Etappe der Zusammenarbeit, in der es darum gehe, die Direktbeziehungen voranzubringen und gemeinsame Betriebe zu

errichten, stelle neue Anforderungen. Dies bedürfe einer Klärung. Er glaube, daß ohne politischen Willen diese Sache nicht vorankommen werde.)

Zur Information des Genossen Gorbatschow über die Tätigkeit des sowjetischen Außenministeriums äußerte Genosse Nicolae Ceausescu die Meinung, daß es sich hier natürlich um innere Fragen der Sowjetunion handle. Die RKP habe nicht die Absicht, in nächster Zeit solche Fragen zu diskutieren. Aber er danke Genossen Gorbatschow für diese Information und habe für sich selbst Schlußfolgerungen gezogen. Diese beträfe vor allem die Ausführungen des Genossen Gorbatschow über eine aktivere Teilnahme aller Länder des Warschauer Vertrages an der Erarbeitung und Realisierung verschiedener Aufgaben in der internationalen Arena. Was die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet betreffe, so sei es sicherlich notwendig, tiefergehende Schlußfolgerungen zu ziehen. Es gehe nicht um allgemeine Deklarationen. Die gemeinsam angenommenen Erklärungen und Deklarationen seien gut, was die darin enthaltenen Ideen betreffe. Aber von diesen Erklärungen bis zu ihrer Realisierung sei ein recht langer Weg.

In diesem Zusammenhang habe er in seiner Rede auf der Tagung des PBA zwei Probleme angeschnitten. Das erste sei die Stockholmer Konferenz, wo die Arbeit bald abgeschlossen werde. Es sei notwendig, dafür zu sorgen, daß sie nicht ohne Ergebnis zu Ende gehe. Die zweite Frage seien die Wiener Verhandlungen, die schon 12 Jahre andauerten. Auch dort könnte die Arbeit in wenigen Monaten abgeschlossen werden. Vielleicht sollten die Bruderländer nicht nur allgemeine Erklärungen und prinzipielle Deklarationen abstimmen, sondern konkrete Maßnahmen für deren Realisierung unternehmen. Dabei gehe man natürlich davon aus, daß die Außenpolitik Sache der Parteien sei, und die Außenministerien die Aufgabe hätten, die konkrete Linie zu realisieren. Nicht die Ministerien erarbeiteten die Politik. Die Parteien

sollten bei der Realisierung der Zusammenarbeit eine aktivere Rolle spielen. Darüber sollte man sich in diesem Kreise gründlicher unterhalten.

Danach machte Genosse Nicolae Ceausescu Ausführungen über das Verhältnis zur kommunistischen Weltbewegung. Diese Frage konnte auf der Tagung des PBA nicht erörtert werden. Nach seiner Meinung sei es jedoch notwendig, sehr ernsthaft über die Lage in der kommunistischen Bewegung nachzudenken und gemeinsam festzulegen, wie die teilnehmenden Bruderparteien vorgehen sollten, um die kommunistische Bewegung zu festigen und die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien zu entwickeln. Dies sei notwendig angesichts des Anwachsens der objektiven Rolle der kommunistischen Parteien im Kampf um Abrüstung und im Leben aller Staaten. Die Zusammenarbeit mit diesen Parteien und die Unterstützung für sie sei für die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder als regierende Parteien eine Pflicht. Dies um so mehr, da nach seiner Meinung in vielen kommunistischen Parteien nichtsozialistischer Länder die Entwicklung nicht gut verlaufe. Eine gründliche Analyse führe zu der Schlußfolgerung, daß Einfluß und Rolle der kommunistischen Parteien in einer Reihe von Ländern zurückgehen. Unsere Parteien tragen die Verantwortung, ihnen Hilfe zu leisten. Er wolle nicht auf Details eingehen. Es sei aber notwendig, diesen Problemen größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dies betreffe auch die Beziehungen zu den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Auch hier gehe es darum, das Zusammenwirken zu entwickeln und zu verstärken.

Dies seien einige Probleme gewesen, die nach Meinung von Genossen Ceausescu im Auge behalten und erörtert werden müßten. Sie erforderten ein neues Herangehen, wie auch

viele andere aktuelle Fragen. Es gehe darum, den Beitrag der Bruderparteien und Bruderländer zur Lösung internationaler Probleme, zur Lösung der Probleme beim Aufbau des Sozialismus, zur Festigung der internationalen kommunistischen Bewegung und zur Stärkung aller antiimperialistischen Kräfte zu erhöhen.

Genosse Erich Honecker brachte seine große Genugtuung über Verlauf und Ergebnisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Budapest zum Ausdruck. Mit Recht sei gesagt worden, daß sie zum richtigen Zeitpunkt durchgeführt wurde, um die anstehenden Fragen einer tieferen Beurteilung zu unterziehen. Diese Tagung sei jedoch auch von außerordentlicher Bedeutung für das Erreichen eines viel höheren Niveaus des sozialistischen Aufbaus in unseren Ländern und für die Durchsetzung der Initiative der Sowjetunion und der Bruderländer in der Friedensfrage gewesen. Er unterstütze voll und ganz ein Treffen der Generalsekretäre gegen Ende dieses Jahres. Der Zeitpunkt müsse noch festgelegt werden. Es könnte Anfang Dezember oder Ende November in Moskau sein. Da im Warschauer Vertrag die am weitesten entwickelten sozialistischen Länder vereinigt seien, halte er es für zweckmäßig, zunächst im Rahmen des Warschauer Vertrages zusammenzukommen und danach den Kreis zu erweitern.

An das Treffen im Dezember könnte man so herangehen, daß jeder seine Erfahrungen darlege. Seinerseits wolle er betonen, daß nach dem Treffen in Sofia und Prag und nach seinen Gesprächen mit Genossen Gorbatschow sich die Zusammenarbeit fruchtbarer und koordinierter gestalten sollte. Das betreffe sowohl die kollektive Ausarbeitung der gemeinsamen Linie als auch die operative Zusammenarbeit.

Auch die jüngsten Parteitage der Bruderparteien standen im Zeichen der Übereinstimmung in allen Grundfragen sowohl des sozialistischen Aufbaus als auch der internationalen Politik. Er stimme Genossen Gorbatschow zu, der zum Ausdruck gebracht habe, daß sich alle Bruderländer gegenwärtig strategischen Aufgaben stellen und die Taktik festlegen müßten, die über die Erreichung unserer Ziele entscheide.

Auf ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet laufen die Dinge gegenwärtig in vieler Hinsicht etwas



auseinander, entwickelten sich verschiedenartig. Das Wesentliche schein jedoch zu sein, daß wir das Tempo der sozial-ökonomischen Entwicklung beschleunigen müssen, um die Ausstrahlungskraft des Sozialismus auf der ganzen Welt zu stärken. Jedes unserer Länder habe dabei seine eigenen Erfahrungen gesammelt. Diese sollten auf der Beratung der Generalsekretäre Ende dieses Jahres dargelegt werden.

Zur Tätigkeit des RGW betonte Genosse Erich Honecker, daß die DDR seine Arbeit würdige. Aber es sei auch nicht von der Hand zu weisen, daß es notwendig sei, in der neuen Phase der Entwicklung den RGW von Bürokratismus und Trägheit zu befreien. Die DDR unterstütze die Umstellung der Arbeit des RGW auf die Erfordernisse der Intensivierung. Dabei bestehe die Hauptfrage in der schnellen Entwicklung und Einführung der Hochtechnologien. Dieser Frage müßten sich alle Bruderparteien stellen. Die SED werde diese Fragen erneut auf dem nächsten Plenum beraten. Die DDR habe dem Sekretariat des RGW dazu Vorschläge unterbreitet, ohne selbstverständlich den Anspruch zu erheben, daß diese allein richtig seien. Die Generalsekretäre sollten diese Fragen erörtern und zu einer Entscheidung kommen.

Nach seiner Meinung und auch nach der Meinung des ZK der SED müsse großer Wert auf die Entwicklung der ökonomischen Direktbeziehungen zwischen den Kombinat und Vereinigungen gelegt werden. Die Grundlage dafür bildeten die abgeschlossenen langfristigen Abkommen über ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Auch das sollte auf dem Treffen diskutiert werden. Die DDR habe die notwendigen Festlegungen getroffen, daß die Minister und Kombinate ihren Beitrag zur Entwicklung der Direktbeziehungen über die Grenzen hinweg leisten könnten.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Politischen Beratenden Ausschusses habe zu Recht die Frage der Sicherung des Friedens gestanden, fuhr Genosse Erich Honecker fort.

Es sei auch richtig dargelegt worden, daß das Wichtigste in der internationalen Arbeit gegenwärtig darin bestehe, eine breite Offensive zu entfalten. Dabei müsse gesehen werden, daß die breite Öffentlichkeit und viele Regierungen die klare Bereitschaft zeigten, daß der SALT-II-Vertrag und der ABM-Vertrag erhalten bleiben. Auf der westlichen Seite hätten sich alle NATO-Regierungen außer den USA für die Aufrechterhaltung dieses Vertrages ausgesprochen. Sie befänden sich in dieser Frage in großer Übereinstimmung mit den Massen. Selbst der Vertreter einer solchen Regierung wie der der BRD, Genscher, habe sich in dieser Richtung positiv ausgesprochen. Ganz gleich, aus welchen Gründen, sei auch er für die Einhaltung von SALT-II eingetreten. Das habe am heutigen Tage die Schlagzeilen der Westpresse bestimmt: Genscher gegen die USA!

Auch der ABM-Vertrag über die Raketenabwehrsysteme aus dem Jahre 1972 habe unter vielen Regierungen eine breite Basis.

Ein drittes Hauptmoment sei der neue Vorschlag der Sowjetunion und der Bruderländer über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural. Dieser Vorschlag sei in der Öffentlichkeit bereits bekanntgemacht worden, und es sei schwer, ihm auszuweichen, zumal auch die Frage der Kontrolle einbezogen worden sei.

Genosse Erich Honecker brachte zum Ausdruck, daß damit eine wichtige Arbeit geleistet worden sei. Die Bruderländer hätten solche Schwerpunkte herausgearbeitet, die es ermöglichten, durch ein prinzipielles und elastisches Herangehen international eine breite Basis zu schaffen.

Genosse Honecker wies darauf hin, daß er bereits mit Genossen Michail Gorbatschow darüber gesprochen habe, daß man beim Schaffen des europäischen Hauses darauf achten müsse, die BRD

nicht an die Seite zu stellen. Sie spiele in der EG und in der NATO eine wichtige Rolle. Mit einer solchen Politik könnten wir einen falschen Solidarisierungseffekt erzielen. Es wäre natürlich von großer Bedeutung, wenn nach den Wahlen im Januar 1987 in der BRD eine von der SPD geführte Regierung gebildet werden könnte.

Bei all der guten Arbeit, die die Bruderparteien gemeinsam und die SED fast täglich mit den Sozialdemokraten leisteten, könne jedoch niemand eine Garantie dafür geben, wie die Bundestagswahlen ausgehen werden. Die Manipulierungsmöglichkeiten der Bourgeoisie seien sehr groß. Man habe schon oft erlebt, daß alte Regierungen abserviert und neue eingesetzt wurden.

(Genosse Ceausescu warf ein, daß Kohl und seine Partei in jedem Falle auch weiterhin im politischen Leben der BRD eine große Rolle spielen werden.)

Genosse Erich Honecker stimmte dem zu. Die Frage stehe sogar so, daß nach Kohl ein noch Schlimmerer kommen könnte. Er habe mit Rau zweimal sehr offen darüber gesprochen, wie dieser seine Chancen einschätze. Auch dabei sei zum Ausdruck gekommen, daß die Bourgeoisie es sehr gut versteht, die Volksmeinung zu manipulieren. Über Nacht werde manchmal eine neue Stimmung erzeugt.

Für die SED sei die Grundlinie klar. Dies sei die Förderung der progressiven Kräfte links von der CDU, mit denen eine gute Zusammenarbeit bestehe. Man dürfe jedoch nicht aus dem Auge verlieren, daß auch die FDP noch eine Zukunft habe. Wenn sie aber eine Zukunft habe, dann werde es eine von der CDU/CSU geführte Regierung geben. Er würde sich gern revidieren, wenn es anders kommen sollte.

Genosse Honecker dankte Genossen Michail Gorbatschow für seine Information über die Havarie in Tschernobyl. Er wolle den Moment nicht vorbeigehen lassen, ohne noch einmal das

